

Sessionsbericht

Wintersession 2007/08

Datum

im Februar 2008

Die erste Session zu viert in Bern ist turbulent gestartet. Neben den Wahlgeschäften und der Budgetdebatte standen in den beiden Räten verschiedenen Sachgeschäfte an, die für uns Grünliberale von unterschiedlich wichtiger Bedeutung waren. Neu war jedoch nicht nur die vierköpfige Vertretung von Grünliberalen Positionen in Bundesbern, sondern auch die neue grosse Mitte-Fraktion CVP-EVP-glp (vgl. [Newsletter ZH 15](#)).

Die Zusammenarbeit in der neuen Fraktion in der ersten Session war rundum erfreulich. Wir konnten uns und unsere Anliegen bereits gut in die Fraktion einbringen und verfügten auch über genügend Möglichkeiten, unsere individuellen grünliberalen Voten zu halten. Die grosse Fraktion bringt zudem den Vorteil, dass in zahlreichen Bereichen bereits vertieftes Know-How vorhanden ist, das als gute Diskussionsbasis in der Entscheidungsfindung dienen kann.

Eines der Themen im Nationalrat, welches beachtliche Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, war die Diskussion zur Volksinitiative „Für eine vernünftige Hanfpolitik“. Wir Grünliberalen sprachen uns hier im liberalen Sinne für die Volksinitiative aus. Wir sind der Überzeugung, dass eine vorsichtig abgewogene Legalisierung des Hanfkonzums angebracht ist, wenn genügend Massnahmen für den Jugendschutz sichergestellt sind. Genau diesen Ansatz verfolgt die Initiative. Der Rat hat jedoch anders entschieden und die Initiative abgelehnt. Ende Session wurde ein ganzes Bündel an Vorstössen behandelt, die in der einen oder anderen Form die Jugend betrafen. Die Vorstösse reichten von fast sozialistischen Vorstössen (Faire Ferienpreise für Kinder und Jugendliche) bis rechtskonservativen Vorstössen wie (Anpassung des Jugendstrafrechts an heutige Herausforderungen; Anwendung des Erwachsenenstrafrechtes auf Jugendliche). Hier haben wir, wenn es aus finanzpolitischer und liberaler Sicht sinnvoll schien, im Sinne der Familien gestimmt. Gleichzeitig haben wir beispielsweise auch den Vorlagen zugestimmt, welche „Eltern im Falle von Jugendgewalt stärker in die Pflicht nehmen wollen“ oder welche das „Endziel verfolgen, Krippen und Tagesstätten bezahlbar zu machen“.

Im Ständerat wurde das für uns Grünliberale wichtige Thema der Verbandsbeschwerderechtsinitiative der Zürcher FDP behandelt. Nach langer ausführlicher Debatte wurde sie schliesslich ohne Auftrag zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlages abgelehnt. Es bleibt nun zu hoffen, dass auch der Nationalrat dabei bleibt und die Verbandsbeschwerderechtsinitiative ohne Gegenvorschlag möglichst bald vors Volk kommt.

Mit herzlichen Grüssen

Martin Bäumle

Verena Diener

Tiana Angelina Moser

Thomas Weibel

Nationalrat

Ständerätin

Nationalrätin

Nationalrat